



Für eine neue europäische Integrationslandschaft

EU-in-BRIEF | Ausgabe 02-2022

Von Dr. Linn Selle

Dieser Artikel erschien erstmals bei Table.Media unter: <https://table.media/europe/standpunkt/fuer-eine-neue-europaeische-integrationslandschaft/>

„Wandel durch Handel“ war lange Zeit die inoffizielle Losung der europäischen Sicherheitsarchitektur. Der Krieg in der Ukraine hat schonungslos offengelegt, dass das lange und naiv fahrlässige Festhalten der deutschen Bundesregierung an diesem Prinzip eher das Gegenteil von Frieden und demokratischen Fortschritt in Europa bewirkt hat. Jetzt ist es an der Zeit, die europäische Integrationslandschaft auf Basis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit neu zu definieren.

Putins Angriffskrieg hat die deutsche Hoffnungsstrategie, dass wirtschaftliche Verflechtung der Motor für einen **Wertewandel in autokratischen Staaten** sein kann, zertrümmert. Dass Deutschland gegen den Willen seiner europäischen Nachbarn und sogar seinen Sicherheitsgaranten, die USA, ohne Selbstreflexion weiter an der Ostseepipeline Nord Stream II baute, ist aus heutiger Sicht unverständlich. Trotz Krim-Annexion und Ostukraine-Krieg, Einflussnahme auf europäische Wahlen und politischer Morde mitten in Europa ging es weiter in die **Sackgasse der energiepolitischen Abhängigkeit**. Der demokratische Wandel in Putins Russland war derweil am Horizont der Geschichte verschwunden, doch lockten günstige Energiepreise.

Vor dem Hintergrund dieses Scherbenhaufens ist die Bundesregierung nun in der Verantwortung, **konsequenter, gesamteuropäisch und strikt werteorientiert** zu handeln. Sie muss sich daher für eine neue freiheitlich-demokratische Integrationslandschaft in Europa einsetzen, die sich natürlich an Freihandelsprinzipien und dem Interesse Deutschlands orientieren sollte.

Aber es muss auch klar sein, dass **Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zentrale Garantien unseres Wohlstandes** sind. Denn das Wegducken und sich Verkaufen an menschenverachtende Diktatoren kostet mittel- und langfristig nicht nur Wohlstand, sondern auch Menschenleben.

Die Bundesregierung sollte daher ihrem eigenen Anspruch als **proaktive Gestalterin** einer Zeitenwende mit dem Ziel einer Stärkung eines demokratischen und rechtsstaatlichen Europas gerecht werden. Der größte Mitgliedstaat der EU darf sich in der aktuellen Diskussion zu weiteren EU-Beitritten nicht wegduckern, sondern muss gemäß den europäischen Verträgen (Artikel 49 EUV) an vorderster Linie an einer **Perspektive für alle europäischen Staaten** arbeiten, die unsere Werte teilen. Richtig war es daher, dass sich Bundeskanzler Olaf Scholz vergangene Woche in Kiew in enger Abstimmung mit Frankreich und Italien für eine Beitrittsperspektive für die Ukraine und Moldau ausgesprochen hat.

Bundesregierung muss Anwältin für EU-Erweiterung sein

Aber dieses Versprechen kann nur ein Zwischenschritt sein: Als Erstes sollte die Bundesregierung morgen ihr politisches Gewicht als Vertreterin des größten EU-Mitgliedstaates in die Waagschale der **Verhandlungen des Europäischen Rates** werfen, damit alle Staats- und Regierungsspitzen diesen Weg mitgehen und die EU-Staaten beiden durch den russischen Imperialismus bedrohten Ländern den EU-Kandidatenstatus verleihen.

Zweitens muss die Bundesregierung auch danach die beste **kritische Anwältin für den EU-Erweiterungsprozess bei unseren Nachbarn im Osten und Südosten** sein. Denn eine politische Verschleppung der Beitrittsgespräche mit der Ukraine und Moldau, wie es heute trotz des EU-Versprechens der Thessaloniki-Erklärung von 2003 in den meisten Ländern des Westbalkans traurige Realität ist, darf sich nicht wiederholen. Allein die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien sollte den Fortschritt im Beitrittsprozess vorgeben. Das bedeutet auch, dass die Bundesregierung sich für einen **unmittelbaren Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien** einsetzen sollte. Schließlich wird weiteres Wegschieben dieser Verantwortung das Tor für **Nationalismus, Autokratie und die russische Einflussphäre in der Balkanregion**, dem Innenhof der EU, nur weiter öffnen. Die Reise des Bundeskanzlers und das neue Amt des Sondergesandten der Bundesregierung für den Westbalkan setzen die richtigen Impulse.

Drittens sollte die Bundesregierung die kritische Auseinandersetzung in der EU zu den heute ebenfalls noch auf dem Tisch liegenden Verhandlungen mit Serbien, Montenegro und auch der Türkei forcieren. Es fehlt eine langfristige Perspektive, wie diese Länder trotz aller politischen und geschichtlichen Hürden in einem europäischen Integrationsraum der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden können. Die **Kopenhagener Kriterien** müssen in möglichst **vielen europäischen Ländern vollumfänglich gelten**, weil sie den Menschen und dem Frieden dienen.

Reformvorschläge umsetzen

Viertens kann eine darüber hinausgehende informelle politische Struktur, wie sie vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron als „Europäische Politische Gemeinschaft“ vorgeschlagen wurde, eine Koordination und politische Annäherung unterstützen. Allerdings sollte eine solche intergouvernemental organisierte **„Gipfelitis“** nicht die Integrationsleistungen unserer europäischen Partnerinnen und Partner unterlaufen.

Eng verknüpft mit der Frage zur Neuordnung der Integrationslandschaft Europas ist die Notwendigkeit eines aktiven deutschen Gestaltungsanspruchs und reformierter Institutionen Europas, die einer Zeitenwende gerecht werden können. Das gilt nicht nur für die Europäische Union, sondern auch und gerade für den Europarat, für den sich nach dem russischen Rauswurf ein kritisches Zeitfenster für eine Rückorientierung auf seine demokratische DNA geöffnet hat. Beide Institutionen müssen in ihren **Handlungsfähigkeiten und Reaktionsschnelligkeiten** gestärkt werden, wenn der europäische Kontinent nicht zum Spielball globaler Mächte werden will.

Die **Konferenz zur Zukunft Europas** hat für die EU 49 ermutigende Reformvorschläge vorgelegt, die eine konkrete Agenda vorgeben. Diese Reformen sollten unter Nutzung aller Optionen, einschließlich der Möglichkeit der verstärkten Zusammenarbeit, der Nutzung von Passerelle-Klauseln und Vertragsänderungen in einem europäischen Konvent, umgesetzt werden.

Deutschlands Sicherheit kann nur im weiten Bund europäischer Demokratien gestärkt werden und nicht durch Alleingänge mit Autokratien in der Wirtschafts- und Handelspolitik. Beerdigen wir daher das wertentleerte Prinzip Wandel durch Handel und arbeiten stattdessen gemeinsam an einer europäischen Integrationslandschaft, **die ihre Stärke aus ihren gemeinsamen Werten der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit ziehen.**



Über die Autorin

Dr. Linn Selle ist seit 2018 Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. (EBD). Sie wurde 1986 im westfälischen Havixbeck geboren. Nach ihrem Studium der Politikwissenschaften in Bonn und Paris absolvierte sie einen Master in European Studies an der Viadrina-Universität Frankfurt/Oder, wo sie 2017 ihre Promotion zur parlamentarischen Haushaltshoheit beim EU- Haushalt beendete. Seit 2014 ist sie Mitglied im Vorstand der EBD und wurde im selben Jahr mit dem „Preis Frau Europas“ ausgezeichnet. Hauptberuflich ist sie in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund tätig.

Kontakt: info@netzwerk-ebd.de

Beim Zitieren dieses Artikels verweisen Sie bitte auf: https://www.netzwerk-ebd.de/wp-content/uploads/2022/07/Fuer-eine-neue-europaeische-Integrationslandschaft_EU-in-BRIEF-02_22.pdf

Impressum

EU-in-BRIEF | Analysen – Positionen – Vorausschau ist ein kostenloses Informationsangebot im PDF-Format des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland.

ISSN-Nummer: 2191-8252

Zitier-Hinweise: Bisher wurden keine verbindlichen Regeln zur Zitierweise digitaler Publikationen geschaffen. Daher bitten wir, folgende Angaben zu übernehmen, wenn Sie einen unserer Texte zitieren möchten: Autoren des Textes, Titel des Textes, Internetadresse wie angegeben. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

© **Europäische Bewegung Deutschland e.V.**

Alt-Moabit 92 | D-10559 Berlin

T +49 30 3036201-10 | F -19

info@netzwerk-ebd.de

Herausgeber: Bernd Hüttmann (V.i.S.d.P.)

Mehr Wissen!

Auf der Website der EBD erfahren Sie alles Wesentliche über unsere Organisation und können kostenfrei auf eine Vielzahl von Informationen zu Europa zugreifen: <http://www.netzwerk-ebd.de>.

Die Europäische Bewegung Deutschland e.V., gegründet 1949, ist das größte zivilgesellschaftliche Netzwerk in Deutschland und institutioneller Partner des Auswärtigen Amtes.